

Schweiz: Freikirchen stellen Forderungskatalog an Politiker vor

"Suchet das Wohl des Landes"

Zürich, 27.10.06 (Kipa) Der Verband evangelischer Freikirchen und Gemeinden in der Schweiz (VFG) hat seine Position in der Politik in einer Broschüre dokumentiert. Diese enthält einen ausführlichen Forderungskatalog in den verschiedensten Bereichen der Politik. Der Verband sieht sein 44-seitiges Papier "Suchet das Wohl des Landes", das er am Freitag in Zürich vorstellte, als Beitrag zur Wertediskussion in der Gesellschaft. Er will zudem die Bedeutung der biblischen Gebote für ein freiheitliches und geordnetes Zusammenleben in Staat und Gesellschaft hervorheben.

Die Bibel kenne weder eine für alle Zeiten gültige Weltwirtschaftsordnung noch eine allgemein gültige Staatstheorie. Sie wisse aber um die Sache und zeige wirtschaftliche, soziale und geistliche Grundprinzipien auf, schreibt der VFG.

Ordnungswille Gottes

Der demokratische Rechtsstaat beziehe seine Legitimation nicht nur vom Volkswillen, sondern auch vom Erhaltungs- und Ordnungswillen Gottes, betont der VFG. Die zehn Gebote gehörten nicht nur auf die Kanzel, sondern in den Ratssälen zu den Fundamenten der gesetzgeberischen Arbeit.

Der VFG nennt die staatliche Ordnung eine "Übergangs- und Notordnung". Sie bezwecke die Erhaltung von Mensch und Welt in Freiheit und Frieden und setze die Rechtsordnung notfalls mit Gewalt durch.

Entwicklungsdienst statt Wehrdienst

In der Aussenpolitik setzt sich der VFG für die Fortsetzung des bilateralen Weges mit der EU ein und verlangt eine ausgeglichene Nahostpolitik des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten EDA. Er schlägt einen Entwicklungsdienst anstelle eines Wehrdienstes vor.

Für die Freikirchen wünscht er sich einen öffentlich-rechtlichen Status. In der Sozialpolitik schlägt er die steuerliche Begünstigung von Firmen vor, welche behinderte Menschen und Langzeitarbeitslose beschäftigen und verlangt unbürokratische Hilfe für Hilflose.

Gesunder Lebensstil und Abstinenz

Im Krankenversicherungswesen sieht der VFG eine Reformmöglichkeit, indem ein Bonus-Malus-System Anreize zu einem gesunden Lebensstil schaffe. In der Drogenpolitik setzen sich die Freikirchen für eine Präventionsarbeit ein, die auch die Möglichkeit des Verzichts aufzeige. Ausserdem sollten abstinenzorientierte Massnahmen und Therapien einen höheren Stellenwert erhalten.

Im Bereich der Altersvorsorge favorisiert der VFG nebst einer Erhöhung des Pensionierungsalters eine Flexibilisierung des Rentenalters zu angemessenen Bedingungen und eine bessere Integration älterer Arbeitnehmer. In der Familienpolitik wünscht er höhere Kinderzulagen. Im Bereich der Bevölkerungsentwicklung spricht er sich für eine Beibehaltung der Erfassung der Religionszugehörigkeit nach einem verbesserten Raster aus.

Private Bildungsangebote stützen

Das Bildungssystem muss nach Ansicht des VFG den Lehrkräften mehr Wertschätzung verschaffen, aber auch private Bildungsangebote unterstützen. In der Ausländerfrage wünscht der VFG eine erleichterte Einbürgerung der 2. und 3. Ausländergeneration, schnellere Asylverfahren und das Festhalten an einer "christlichen Leitkultur" im Blick auf die Integration der Ausländer.

Steuererhöhungen

Beim Strafwesen sieht der VFG aktuelle Vollzugsprobleme, die angegangen werden müssen. Bei der Finanzpolitik weist er darauf hin, dass angesichts der Verschuldung des Staates Steuererhöhungen beziehungsweise eine eidgenössische Erbschaftssteuer kein Tabu sein dürfen, wobei die heutigen Steuergesetze durch effiziente Kontrollen durchzusetzen seien.

Im Bereich Wirtschaft schlägt der VFG die Übernahme von EU-Normen dort vor, wo dies sinnvoll ist. Die Arbeitsmarktpolitik müsse vermehrt die Integration von weniger gut qualifizierten Menschen im Auge haben. Zur Landwirtschaftspolitik hält das Dokument fest, dass grundsätzlich jedes Land das Recht haben müsse, seine eigene Grundnahrungsmittelproduktion zu nutzen und zu schützen.

Umweltverträgliche Energieformen

Im Bereich Energie spricht sich der VFG für Massnahmen zur Reduktion des Verbrauchs aus, vor allem beim Erdöl. Dazu seien umweltverträgliche Energieformen zu fördern und der CO₂-Ausstoss gemäss dem Kyoto Protokoll zu senken. Im Bereich Verkehr seien die Kosten nach dem Verursacherprinzip zu überwälzen, insbesondere auch beim Luftverkehr.

Hinweis: Informationen zur Broschüre erteilt das Sekretariat VFG, Postfach 3841, 5001 Aarau, Tel. 062 832 20 18.

(kipa/com/gs/job)